

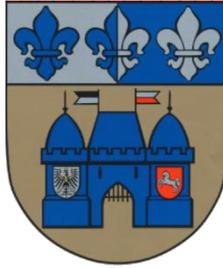
# **WAHLPROGRAMM 2021-2026**

**Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf:  
Bereit für mehr!**



**CDU** CHARLOTTENBURG-  
WILMERSDORF





## Wahlprogramm 2021-2026

### Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf: Bereit für mehr!

#### INHALT

Sicherheit und Ordnung .....	4
Bildung .....	7
Wirtschaft und Arbeit .....	9
Soziales und Gesundheit .....	12
Bürgerschaftliches Engagement .....	14
Familie, Jugend und Senioren .....	16
Integration .....	19
Stadtentwicklung .....	20
Moderne Mobilität .....	23
Umwelt .....	27
Zukunftsfähige Verwaltung .....	29
Kultur .....	31
Sport .....	34

# **SICHERHEIT UND ORDNUNG**

Charlottenburg-Wilmersdorf ist unsere liebenswerte Heimat. Hier leben wir gern, hier fühlen wir uns wohl. Wir verschließen unsere Augen aber nicht vor den vielfältigen Problemen eines Großstadtbezirks. Die CDU steht seit Jahrzehnten konsequent für ein Miteinander nach klaren Regeln ein, an die sich alle zu halten haben, damit hier jede und jeder frei und sicher leben kann, egal, wie sie oder er ist. Daran werden wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Bezirk weiter arbeiten. Wir wenden uns gegen jede Form von Gewalt und werden politischen und religiösen Extremismus auch in Zukunft entschieden bekämpfen. Antisemitismus darf in unserem Bezirk und in unserem Land generell keinen Platz haben, wir werden ihn öffentlich bekämpfen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Sicherheitsbehörden durch eine verbesserte Vernetzung auf allen Ebenen zu stärken und eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums zu verhindern.

## **Kampf gegen organisierte Kriminalität verstärken**

Organisierte Kriminalität und Clanstrukturen breiten sich inzwischen auch in Charlottenburg-Wilmersdorf aus. Durch intensive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes, der Polizei, der Steuerfahndung, dem Zoll und der Justiz muss der Kampf hiergegen verstärkt werden. Das beinhaltet ebenso die Schulbehörden und die Jugendämter im Sinne einer ernstzunehmenden Präventionsstrategie.

## **Zuschnitt der Polizeiabschnitte überprüfen**

Der bestehende Zuschnitt der Polizeiabschnitte im Bezirk führt teilweise zu langen Anfahrtswegen für die Beamten zum Einsatzort, v.a. in Charlottenburg-Nord. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Zuschnitt und die Größe der Abschnitte zu überprüfen und bedarfsgerecht anzupassen. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass nach vielen Ankündigungen endlich wieder ein Fußstreifendienst der Polizei und Kontaktbereichsbeamte (KOB) eingeführt werden, um nicht nur die Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum zu stärken, sondern um auch wieder eine größere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen. Insbesondere fordern wir eine City-Wache am Kurfürstendamm, vergleichbar mit der Wache am Alexanderplatz.

## **Videoüberwachung im öffentlichen Raum**

Bisher blockiert Rot-Rot-Grün Videoüberwachung aus ideologischen Gründen. Wir halten die Kameraüberwachung von ausgewählten Plätzen, z.B. Breitscheidplatz, rund um den Bahnhof Zoo und am Stuttgarter Platz für ein geeignetes Mittel der Bekämpfung von Kriminalität und einen wichtigen Baustein der Strafverfolgung.

### **Drogenhandel und -konsum im öffentlichen Raum bekämpfen**

Drogenhandel ist kein Kavaliersdelikt, sondern zerstört Leben und belastet Kieze. Wir werden uns für das verstärkte Vorgehen gegen diese Art der Kriminalität engagieren, damit Parks, Spielplätze, U-Bahnhöfe und Straßen nicht zu Treffpunkten von Dealern werden.

### **Raser stoppen**

Nicht nur der Kurfürstendamm hat unter illegalen Autorennen und sogenannten „Profilierungsfahrten“ von PS-Protzern zu leiden, sondern auch zahlreiche Straßen, insbesondere im City-Bereich. Durch temporäre Kontrollen, Polizeipräsenz, stationäre Blitzer/Videoüberwachung gegen Rotlichtverstöße und Geschwindigkeitsübertretungen wollen wir dieses gefährliche Verhalten zurückdrängen.

### **Verkehrsfährdung durch illegales Parken**

Das illegale Parken auf Radwegen, Gehwegen, in Kreuzungsbereichen, in zweiter Reihe, vor Feuerwehrezufahrten oder in Ladezonen führt nicht nur zu Behinderungen, sondern in vielen Fällen auch zu Gefährdungen anderer Verkehrsteilnehmer. Die Maßnahmen gegen gefährliches Falschparken müssen in Kooperation zwischen Ordnungsamt und Polizei intensiviert werden.

### **Kriminalprävention durch städtebauliche Maßnahmen**

Bei der Neu- und Umgestaltung beispielsweise von Plätzen, Parks oder Straßen im Bezirk muss die Übersichtlichkeit im öffentlichen Raum mitgeplant werden, um Kriminalität und Angsträumen vorzubeugen. Dazu zählt auch eine ausreichende Beleuchtung.

### **Mehr Lebensqualität durch Stadtteilpflege**

Viele Menschen im Bezirk beklagen die zunehmende Verschmutzung durch Müll, illegale Ablagerungen, Graffiti und Aufkleber und fühlen sich unwohl. Illegale Müllentsorgungen und Graffiti müssen zügig beseitigt werden, um die negative Vorbildfunktion zu unterbinden. Das ehrenamtliche Engagement soll gestärkt werden, damit sich mehr Menschen mit Initiativen um die Erhaltung und Gestaltung des öffentlichen Raumes kümmern. Wir wollen, dass das Bezirksamt eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe einrichtet, die sich um die Pflege des Stadtbildes kümmert. Diese muss eng mit der BSR, der BVG, der Bahn und den Wohnungsbaugesellschaften kooperieren. Wir fordern den verstärkten Einsatz der BSR-Dogmobile und die Aufstellung von Hundebutelstationen auf Straßenland und in Grünanlagen.

### **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung schützen**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und des Bezirksamtes sind leider immer wieder Opfer von Angriffen und Beleidigungen. Dabei verdienen sie unseren Respekt und Unterstützung. Das Bezirksamt soll zukünftig Präventionsprogramme stärken und eine bezirkliche Respekt-Kampagne initiieren.

# **BILDUNG**

Wir leiten unsere bildungspolitischen Vorstellungen nicht aus einer ideologischen Haltung oder Modernisierungssucht ab, für uns stehen die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie die Wünsche der Eltern an erster Stelle. Nur ein breites und qualifiziertes Angebot unterschiedlicher Schultypen kann den differenzierten Nachfragen gerecht werden. Wenn der Schulbetrieb nach Überwindung der Corona-Pandemie wieder regelmäßig aufgenommen wird, werden Nachholbedarfe in großem Umfang entstehen, auf die die Schulverwaltung vorbereitet sein muss.

## **Leistungsfähige und attraktive Schulgebäude**

Ausbau und Neubau sowie Modernisierung von Schulen muss ein dauerhafter Prozess sein. Gleiches gilt für Sport- und Schwimmhallen. Die mangelhafte Infrastruktur vieler Schulgebäude hat während der Pandemie durch die Einschränkung von digitalen Angeboten und auch bei der Stromversorgung für moderne Lüftungskonzepte erschreckende Defizite offen gelegt. Neben ausreichend Luftfiltern muss auch die Barrierefreiheit flächendeckend gewährleistet werden.

Wir fordern, dass jährlich das Bezirksamt eine Sanierungsübersicht für alle Schulen vorlegt und im Zuge von Wohnungsneubau dauerhaft die Schulplatzversorgung überprüft wird. Die Schulreinigung soll wieder durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes erfolgen, und für jede Schule soll es wieder einen festen Hausmeister bzw. eine Hausmeisterin geben.

## **Stärkung der bezirklichen Gymnasien**

Gymnasien bleiben für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer starken bezirklichen Schullandschaft. Die Nachfrage nach Gymnasialplätzen ist unverändert hoch. Wir fordern deshalb den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Gymnasien im Bezirk. Das gilt insbesondere auch für grundständige Gymnasien. Eine ausreichende Personalausstattung ist sicherzustellen. Strukturelle Benachteiligungen bei Investitionen und Personal sind zu beseitigen.

## **Stärkung der Europaschulen**

Die Staatlichen Europaschulen Berlins bereichern die schulische Landschaft in unserem Bezirk. Wir fordern, die Anzahl der Plätze an den Europaschulen mindestens in der bisherigen Größenordnung zu erhalten. Eine Reduzierung zugunsten von Regelklassen lehnen wir ab. Nach wie vor leidet die Qualität allerdings unter der Abschaffung der zweisprachigen Vorklassen, die wir unverzüglich als besondere Unterrichtsform wieder einführen wollen.

### **Sekundarschulen profilieren**

Wir wollen verhindern, dass Sekundarschulen zu Lehranstalten zweiter Klasse werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Chance auf den ihren individuellen Fähigkeiten entsprechenden besten Schulabschluss bekommen.

### **Vorklassen wiedereinführen**

Wir fordern die Wiedereinführung der Vorklassen an den Grundschulen. Diese Klassen sollen nach speziellen Rahmenplänen arbeiten und von Pädagoginnen und Pädagogen mit einer entsprechenden Zusatzausbildung geleitet werden. Wir begrüßen die entsprechenden Forderungen der Berliner CDU.

### **Sichere Schulwege**

Verkehrsregelungen vor Schulen und Kitas sind konsequent zu kontrollieren. Um Schulwege besser zu markieren, setzen wir uns für solarbetriebene temporäre Hinweistafeln ein, die im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb Autofahrer sensibilisieren. Konzepte zur Schulwegsicherung müssen über die unmittelbare Umgebung von Schulgebäuden hinaus ansetzen und mit den Eltern und Schulen weiterentwickelt werden.

### **Bessere IT-Ausstattung unserer Schulen**

Wir fordern eine bessere IT-Ausstattung unserer Schulen mit leistungsfähigem Internet, zeitgemäßer IT, sowie besserer Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals.

### **Ausbildung stärken**

Wir fordern eine verstärkte Kooperation von Schulen, Berufsschulen und ausbildenden Betrieben, um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzutreten und die nicht-akademische Ausbildung zu profilieren.

# **WIRTSCHAFT UND ARBEIT**

Die Wirtschaftspolitik nimmt für die CDU im Bezirk eine wichtige Rolle ein. Sie zählt zu den Politikfeldern, auf denen der Bezirk noch gestaltend Einfluss nehmen kann. Nur eine Stärkung der Wirtschaft gerade nach der Pandemie wird letztlich nachhaltig dazu beitragen, gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und zu erhalten. Es ist deshalb unser wesentliches Anliegen, verstärkt Unternehmen – vor allem kleine und mittelständische Betriebe – im Bezirk anzusiedeln bzw. ihre Existenz zu sichern.

## **Service-orientierte Verwaltung**

Alle Verwaltungsbereiche des Bezirks, die mit Fragen der Wirtschaft befasst sind, müssen den Servicegedanken stärken und grundsätzlich Gründungen und Ansiedlungen ermöglichen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe müssen regelmäßig betreut werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass Betriebe bei Verlust ihres bisherigen Standorts Hilfe bei der Suche nach innerstädtischem Ersatz erhalten.

## **Fördermöglichkeiten für Unternehmen und Verwaltung nutzen**

Die unterschiedlichen Förderkulissen der EU, des Bundes und des Landes, aber auch der privaten Träger und Stiftungen müssen intensiver als bisher zum beiderseitigen Vorteil von Unternehmen und Verwaltung im Bezirk erschlossen werden. Das Bezirksamt muss verstärkt Mittel für die Umsetzung von Projekten zur Förderung der (wirtschaftlichen) Entwicklung des Bezirks akquirieren.

## **Geschäftsstraßen stärken**

Einzelhandel und Gastronomie haben unter den Corona-bedingten Einschränkungen besonders gelitten. Die Folgen für die Entwicklung der Geschäftsstraßen und der City lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht einschätzen. Umso mehr muss die Bezirksverwaltung von der Wirtschaftsförderung bis zum Ordnungsamt gerade in dieser Zeit ansässige Betriebe unterstützen. Der Bezirk muss dafür sorgen, dass der öffentliche Raum der Geschäftsstraßen gepflegt, attraktiv und barrierefrei ist. Wir unterstützen Straßenarbeitsgemeinschaften und Standortgemeinschaften, damit die bezirklichen Einkaufsstraßen auch weiterhin eine Anziehungskraft ausüben.

Auf Initiative der CDU ist die gesetzliche Grundlage für Standortgemeinschaften in Geschäftsstraßen geschaffen worden; die erste Berliner Standortgemeinschaft ist am Kurfürstendamm/Taentzien mit Unterstützung der AG City entstanden. Wir begrüßen dies außerordentlich und unterstützen weitere Gründungen im Bezirk.

### **Runder Tisch der Wirtschaft**

Um gemeinsame Ziele für die Entwicklung der Wirtschaft im Bezirk festzulegen, den gegenseitigen Austausch zu intensivieren und eine Willkommenskultur für Unternehmerinnen und Unternehmer in der bezirklichen Verwaltung zu verankern, soll der Bezirk vierteljährig einen Runden Tisch der Wirtschaft durchführen.

### **Freies WLAN im öffentlichen Raum**

Der Bezirk soll auch jenseits der zentralen City-Lagen zum Vorreiter bei der Bereitstellung frei zugänglicher Internetangebote werden.

### **Gewerbeflächen als Zukunftspotenzial erhalten**

Eine wachsende Stadt braucht nicht nur Flächen zur Errichtung neuer Wohnungen, sondern auch Reserven für die Ansiedlung von Unternehmen mit dem Ziel der Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen. Deshalb ist ein tragfähiger Ausgleich zwischen Wohnungen und Gewerbeflächen zu finden.

### **ICC**

Die Sanierung und Wiedereröffnung des ICC als Messe- und Kongresszentrum ist und bleibt weiterhin ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf. Das inzwischen denkmalgeschützte ICC darf nicht weiter ungenutzt vor sich hinrotten.

### **Messe Berlin**

Die Messe Berlin wird auch nach der Corona-Krise ein wichtiger Wirtschaftsstandort Berlins sein. Daher ist notwendig, die Hallen und Einrichtungen weiter zu modernisieren und durch ein digital gesteuertes Verkehrlenkungssystem den Besucherverkehr bei Großveranstaltungen (z.B. Grüne Woche) zu koordinieren.

### **Nachhaltigkeit bei Handel und Gastronomie**

Charlottenburg-Wilmersdorf ist „Fair-Trade-Town“ Berlins geworden. Der Titel allein reicht nicht. Wir wollen deshalb Initiativen und Unternehmen unterstützen, die Nachhaltigkeit beim Handel und Konsum unterstützen. Dazu zählen die Förderung des Verkaufs regionaler Produkte, die Vermeidung von Einweg-Material, Wiederverwertung und intelligente Liefersysteme. Die bezirklichen Wochenmärkte sollen erhalten und fortentwickelt werden.

### **Gegen Lebensmittelverschwendung**

Wir wollen die Lebensmittelverschwendung im Bezirk offensiv bekämpfen. Dazu fordern wir die Erarbeitung einer bezirklichen Strategie und die Einrichtung eines Runden Tisches u.a. mit dem Einzelhandel, der Gastronomie, Hotellerie und den Schulen.

# **SOZIALES UND GESUNDHEIT**

Uns sind ein menschenwürdiger Umgang und die gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der Inklusion besonders wichtig. Wir wollen für alle Menschen, die in diesem Bezirk leben, eine größtmögliche Selbstbestimmung ihrer Aktivitäten des täglichen Lebens ermöglichen.

## **Pflegeberufe stärken**

Die Corona-Krise hat bewirkt, dass der Personalnotstand in der Pflege in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückt ist. Um diesem akuten Notstand entgegenzuwirken, setzen wir uns für die Bekanntmachung der vielen Attraktivitätsmerkmale der pflegerischen Ausbildung, z.B. durch Info-Veranstaltungen an Schulen, ein. Wir wollen eine Pflegeinformationsplattform für alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrer in den Pflegebereich schaffen.

Das Angebot soll u.a. die Möglichkeit der Ausbildungsauffrischung, kostenloses Schulmaterial (digital oder in den bezirkseigenen Bibliotheken), geeignete Stellenangebote, Prämienangebote und Unterstützungsmaßnahmen bei der Kinderbetreuung beinhalten.

## **Palliativversorgung im Bezirk sichern**

Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für den Ausbau der ambulanten und stationären Palliativversorgung im Bezirk ein, damit allen Bürgerinnen und Bürgern ein würdevolles und schmerzfreies Sterben ermöglicht wird. Um die Palliativversorgung im Bezirk zu sichern, müssen palliative Aus- und Weiterbildungsangebote von Pflegekräften und ehrenamtliche Hospizdienste verstärkt gefördert werden.

## **Pflege und Gesundheit im Bezirk durch Beratungsangebote und Informationskampagnen stärken**

Wir wollen den Ausbau der bezirklichen Beratungsangebote zu Pflege und Gesundheit, um pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger und deren Angehörige aktiv über Unterstützungsangebote zu informieren. Hierfür müssen die Pflegestützpunkte personell besser ausgestattet werden, um Hausberatungsbesuche zu ermöglichen. Als erster Schritt sind die bisherigen Beratungsangebote auf der Online-Präsentation des Bezirks für Hilfesuchende übersichtlicher darzustellen.

Es gilt aber auch ein verstärktes bezirkliches Engagement in Form von Informationskampagnen zu gesunder Ernährung und Aufklärung über die Folgen von Drogenkonsum zu etablieren, um die Lebensqualität in Charlottenburg-Wilmersdorf weiter zu verbessern.

### **Steigerung der Tages- und Kurzzeitpflegeangebote**

Die Kapazitäten und die Vermittlung von freien Plätzen in der Tages- und Kurzzeitpflege müssen verbessert werden, z.B. durch die Schaffung einer bezirklichen digitalen Lösung zum Anmelden und Abrufen von freien Plätzen. Der Ausbau der Kapazitäten von Tages- und Kurzzeitpflege könnte dadurch erfolgen, dass landes- und bezirkseigene Immobilien zur Verfügung gestellt und die bauliche Anpassung für Tagesstätten gefördert wird.

### **Hausärztliche Versorgung**

Aufgrund der erlebten Pandemie hat die aufsuchende ärztliche Versorgung einen hohen Stellenwert. Es entlastet die Transportdienste, die erhöhte Infektionsgefahr wird reduziert.

Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich dafür ein, dass die Umsetzung der Terminservicestellen für Facharzttermine, die Möglichkeit der Dauerrezeptur für chronisch kranke Menschen und die Botendienste der Apotheken mehr bekannt gemacht und genutzt werden.

Darüber hinaus fordern wir einen mobilen Arztservice für Hausbesuche.

### **Barrierefreie Umweltfaktoren**

Die gesellschaftliche Teilnahme ist auch für Menschen mit Behinderung ein Grundrecht. Deshalb sind die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums, öffentlicher Gebäude und des Nahverkehrs, die barrierefreie Teilnahme an unterschiedlichen Mobilitätsdiensten und deren Ausbau wichtige Anliegen.

### **Obdachlose**

Obdachlose Menschen benötigen übergreifende Angebote im Bereich Hygiene und Gesundheit. Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich dafür ein, Hygieneräume für diese Menschen zu schaffen, damit die Körper- und Wäschepflege kostenfrei gewährleistet werden kann. Darüber hinaus ist jedoch das Angebot an Unterbringung in zusätzlichen Wohneinrichtungen und individuellen Wohnungen auszubauen, um die Anzahl von Menschen, die auf Straßen leben, zu reduzieren. Das Bezirksamt soll zu diesem Zweck mit Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und/oder Kirchen Pilotprojekte entwickeln.

### **Schuldnerberatung**

Wir fordern einen schnellen Ausbau der Schuldnerberatungsstellen in Charlottenburg-Wilmersdorf, um schnelle und qualitativ gute Hilfestellung für unsere Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Niemand darf nach einer Krise alleingelassen werden! Sie ist gerade für Eltern und Alleinerziehende immens wichtig.

# **BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

Die CDU setzt auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die die Entwicklung in ihrem Wohn- und Arbeitsumfeld aufmerksam beobachten und mitgestalten wollen. Bürgerschaftliches Engagement ist daher grundlegend im Bezirk zu fördern. Die in vielen Bereichen tätigen ehrenamtlichen Menschen können auf unsere Unterstützung und Wertschätzung bauen!

## **Neue und verbindliche Formen der Teilhabe schaffen**

Eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander von Politik und Stadtgesellschaft ist es, einander auf Augenhöhe zu begegnen. Wir streben an, neue und verbindliche Formen der Teilhabe im Bezirk zu etablieren. Ein wesentliches Element sind für uns dabei beiderseitig überprüfbare Zielvereinbarungen zwischen der Verwaltung und engagierten Bürgerinnen und Bürgern bzw. Bürgerinitiativen.

## **Kiezforen**

Wir wollen regelmäßige Kiezforen in den Ortsteilen des Bezirks durchführen, um frühzeitig über laufende Überlegungen oder anstehende Planungen des Bezirksamts zu informieren, Probleme aufzugreifen und den Dialog zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft zu intensivieren. Hierbei sollen die Verkehrsunternehmen, die Stadtreinigung, die Sicherheitsbehörden und andere relevante öffentliche Partner eingebunden werden, um den ernsthaften Austausch nicht wie in der Vergangenheit an Zuständigkeitsgrenzen scheitern zu lassen.

## **Digitale Beteiligungsformen ausbauen**

Das Bezirksamts muss intensiver als bisher die Beteiligungsmöglichkeiten nutzen, die insbesondere das Internet und Soziale Netzwerke bieten. Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der CDU mit dem Beschluss „Berlin zum Mitmachen“ die Richtung vorgegeben. Alle öffentlich verfügbaren Informationen zu laufenden und anstehenden Planungen des Bezirksamts sollten jederzeit frei und übersichtlich im Internet verfügbar sein und der Diskussion zugänglich gemacht werden. Die Beteiligungsplattform [mein.berlin.de](http://mein.berlin.de) bietet dafür eine gute Basis.

## **Seniorenengagement**

Viele ältere Menschen bringen sich mit außerordentlichem Engagement an verschiedensten Stellen für unseren Bezirk ein. Wir wollen auf ihre Kompetenzen und ihren Erfahrungsschatz nicht verzichten. Es ist deshalb zu begrüßen, dass mit der Neufassung des Seniorenmitwirkungsgesetzes unter anderem zusätzliche Anreize geschaffen wurden, sich bei der Wahl der bezirklichen Seniorenvertretung einzubringen. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes wird es nun auf seine

Wirksamkeit überprüft. Wir setzen uns dafür ein, notwendige Korrekturen und Ergänzungen am Gesetz rasch vorzunehmen. Darüber hinaus setzen wir uns auch künftig für ein konstruktives Miteinander zwischen Bezirksverwaltung und Seniorenvertretung ein, um unseren Bezirk für alle Generationen lebenswert zu gestalten.

### **Kinder- und Jugendparlament**

Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) in Charlottenburg-Wilmersdorf ist eine wichtige Möglichkeit für Kinder und Jugendliche im Bezirk, ihre Interessen politisch einzubringen und sich mit politischen Abläufen vertraut zu machen. Wir wollen die Arbeit des KJP weiter fördern und seine geschäftsplanmäßige Anbindung an die Bezirksverordnetenversammlung erhalten. Seinen Bekanntheitsgrad an den Schulen und bei Jugendeinrichtungen wollen wir erhöhen, um deutlich mehr Einrichtungen zur Mitarbeit im KJP zu bewegen.

### **Sozialkommissionen stärken**

Die Arbeit der Sozialkommissionen sollte mehr Beachtung und Unterstützung finden und auch zu einem Bürgernetzwerk gegen Vereinsamung und Isolation ausgebaut werden. Voraussetzungen dafür sind, dass der Bezirk Risikofaktoren für Vereinsamung und Isolation älterer Menschen analysiert und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ausreichend qualifiziert. Vom Senat erwarten wir eine bedarfsgerechte Finanzierung der Sozialkommissionen. Der jetzige Schlüssel (ein Ehrenamtlicher/Ehrenamtliche pro Einwohner/Einwohnerin) ist unzureichend.

### **Anerkennungskultur weiter verbessern**

Schon heute ist der Bezirk in vielerlei Hinsicht bemüht, den ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagierten Menschen größtmögliche Anerkennung und Wertschätzung widerfahren zu lassen. Der Tag des Ehrenamts im Bezirk, die Bürgermedaille und der Ehrenamtspreis sind dafür nur einige Beispiele. Wir glauben, diese Anerkennungskultur lässt sich weiter ausbauen und verbessern, unter anderem durch neue und zusätzliche Angebote und Vorteile für die Berliner Ehrenamtskarte. Dafür wollen wir auch in Zukunft weitere Partner gewinnen und fordern auch für den Bezirk einen Ausschuss für ehrenamtliches Engagement, wie er auf Landesebene bereits eingesetzt wurde.

# **FAMILIE, JUGEND UND SENIOREN**

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein familienfreundlicher Bezirk und soll es auch weiterhin bleiben. Kinder sind unsere Zukunft. Wir wenden uns deshalb nicht nur entschieden gegen die rot-rot-grünen Kürzungsmaßnahmen der vergangenen Jahre, wir fordern im Gegenteil eine Stärkung der Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe im Bezirk.

## **Kita-Neubau für einen wachsenden Bezirk**

Das Bevölkerungswachstum des Bezirks bedeutet auch für unsere Kita-Landschaft neue Anforderungen. Um ausreichende Kapazitäten zu schaffen, sind zeitnah Aus- und Neubaumöglichkeiten im Bezirk zu identifizieren und schnellstmöglich zu realisieren. Bei großen Wohnungsbauvorhaben ist sicherzustellen, dass der damit einhergehende Bedarf an Kitaplätzen bei allen Planungen berücksichtigt wird. Hierbei ist auf eine angemessene Balance zwischen öffentlichen und freien Trägern zu achten. Auf unsere Initiative ist die erste Betriebskita des Bezirksamtes im Entstehen. Bei entsprechender Nachfrage planen wir eine weitere Betriebskita des Bezirksamtes.

## **Erhalt und Stärkung von Jugendfreizeiteinrichtungen**

Mit der CDU wird es keine Schließungen von weiteren Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk geben. In früheren Jahren gingen bereits viele Einrichtungen ohne Ersatz verloren. Dadurch sind die Möglichkeiten einer kostengünstigen Freizeitgestaltung stark reduziert und Bildungschancen im Freizeitbereich verschenkt worden. Dieser rot-rot-grüne Kahlschlag darf auf keinen Fall fortgesetzt werden. Wir halten mindestens eine Jugendfreizeiteinrichtung in jeder Region des Bezirks für zwingend erforderlich. Ausdrücklich begrüßen wir die auf Drängen der CDU neu entstandene Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung am Ruhwaldpark.

Die Übertragung von Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger darf nur bei qualitativer und quantitativer Beibehaltung des Personals und des Leistungsangebots erfolgen. Der Fortbestand der Qualität muss langfristig gesichert und regelmäßig überprüft werden.

## **Ferienangebote des Bezirks erhalten und bedarfsgerecht ausbauen**

Die bezirklichen Ferienangebote wie das Zeltlager Kirchvers und „Kinder in Licht, Luft und Sonne“ sind mindestens im bestehenden Umfang zu erhalten. Im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt hat ein bedarfsgerechter Ausbau stattzufinden.

### **Jugendkunstschule**

Die Jugendkunstschule leistet einen wichtigen Beitrag zur kreativen Entwicklung junger Menschen. Wir begrüßen die Absicherung der Jugendkunstschulen im Berliner Schulgesetz und fordern die zügige Bereitstellung der zugesagten Mittel durch die zuständige Senatsverwaltung.

### **Jugendsozialarbeit stärken**

Um den präventiven Ansatz der Jugendarbeit zu verstärken, fordern wir die Wiedereinführung der Jugendsozialarbeit (Street Work) in sozialen Brennpunkten. Die aufsuchende Jugendsozialarbeit soll möglichst durch eine mobile Jugendarbeit mit Angeboten zur Einzelberatung, Gruppenarbeit, Projektarbeit und Stadtteilarbeit nahe an den Lebenswelten der betreffenden Jugendlichen ergänzt werden. Es wird eine enge Zusammenarbeit mit freien Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe im Bezirk angestrebt.

### **Familienberatung**

Damit Familien in möglichst allen Teilen des Bezirks ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot angeboten werden kann, streben wir die Gründung eines weiteren „Hauses der Familie“ in Charlottenburg-Wilmersdorf an.

### **Jugendberufsagentur**

Wir fordern, junge Menschen beim Übergang von der Schule zur Berufsausbildung und vom Berufsabschluss in die Beschäftigung umfassend zu unterstützen. Mit der Jugendberufsagentur hat Berlin in der Zeit zwischen 2011 und 2016 unter Rot-Schwarz eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Schulbildung die besten Rahmenbedingungen für die Berufswahl zu bieten. Diese Möglichkeiten sollen auch im Bezirk bestmöglich genutzt werden.

### **Kinderspielplätze**

Unter der angespannten Haushaltslage des Bezirks hat auch der Zustand der Kinderspielplätze zu leiden. Wir erachten es als eine vordringliche Aufgabe, die Investitionen des Bezirks in diesem Bereich zu verstärken. Private Spenden können helfen, zeitnahen Ersatz für defektes Spielgerät zu beschaffen. Wir sind aber auch offen für ein Spielplatz-Sponsoring. Eine Schließung oder Aufgabe von Kinderspielplätzen kommt für uns nicht in Betracht.

### **Seniorengerechter Bezirk**

Ein selbstbestimmtes Leben im Alter bedingt auch Mobilität. Deshalb ist es wichtig, im öffentlichen Raum Barrierefreiheit herzustellen, auf ein ausreichendes WC-Angebot, Ausleuchtung von

Gehwegen und seniorengerechte Sitzmöbel in Grünanlagen und auf Gehwegen zu achten. Die Seniorenfreizeitstätten sind bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Um die Maßnahmen der neuen seniorenpolitischen Leitlinien des Landes Berlin umzusetzen, fehlen dem Bezirk aktuell 500.000 € jährlich. Das ist zu ändern.

### **Einsamkeitsprävention**

Einsamkeit nahm bereits vor Corona in allen Altersgruppen zu. Wir fordern einen regelmäßigen „Einsamkeitsgipfel“ des Bezirks, um, auf diese Problematik angemessen aufmerksam zu machen und Lösungsansätze zu erarbeiten.

### **Initiativen fördern**

Wir fordern die verstärkte Kooperation des Bezirks mit den unterschiedlichsten Nachbarschaftsinitiativen und Nachbarschaftshilfen, die gerade in der Corona-Krise ihre Bedeutung für das soziale Miteinander unter Beweis gestellt haben.

# **INTEGRATION**

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben Menschen aus weit über einhundert verschiedenen Nationen. Vielfalt und Unterschiedlichkeit bedeuten aber auch Herausforderung, einander zu respektieren und zu akzeptieren – und zwar gegenseitig. Integration bedeutet nicht kritiklose Anpassung oder Assimilation. Es bedeutet aus unserer Sicht aber die Anerkennung und Umsetzung unserer im Grundgesetz niedergelegten Werte ohne Aufgabe der eigenen kulturellen oder religiösen Identität.

## **Wertevermittlung als Leitprinzip der Integrationspolitik**

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration ist die Vermittlung und Durchsetzung unserer demokratischen Wertvorstellungen von Anfang an. Hierzu kann auch der Bezirk im Rahmen seiner Integrationsangebote einen Beitrag leisten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Wertevermittlung ein wesentliches Leitprinzip aller Integrationsangebote des Bezirks bleibt.

## **Deutsche Sprache**

Das Beherrschen und Anwenden der deutschen Sprache ist ein wesentlicher Faktor für die Integration und den Erfolg in der Ausbildung und im Beruf. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Volkshochschule ausreichend entsprechende Bildungsangebote bereitstellt.

## **Parallelgesellschaften vermeiden**

Wir lehnen die Entstehung von Parallelgesellschaften ab, da sie über Generationen hinweg die Integration verhindert. Zur Integration gehört auch die Teilhabe - z.B. an ehrenamtlichen Strukturen. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte stärker in die ehrenamtliche Arbeit eingebunden werden, sich aber auch stärker selbst einbringen.

# **STADTENTWICKLUNG**

Charlottenburg-Wilmersdorf ist vielfältig: Innenstadtbezirk und grüne Waldrandlage, moderne Hochhausbauten und Einfamilienhaussiedlungen, weite Welt und gemütlicher Kiez. Unser Bezirk ist gefragt: als Wohn- und Kulturort, als Handelsplatz und inzwischen auch wieder für Gewerbe. Diese Vielfalt unterstützen wir mit einer engagierten Bau- und Stadtentwicklungspolitik, die das Erbe des Bezirks bewahren und neue Entwicklungen ermöglichen will. Dabei treten wir dafür ein, die urbane Mischung unserer Kieze zu erhalten und gewachsene Strukturen nicht zu zerstören. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Bauleitplanung trägt nach unserer Überzeugung zu einer höheren Akzeptanz von Bauprojekten bei.

## **Wohnen**

Die Folgen der wachsenden Stadt sind auf dem Wohnungsmarkt gerade in unserem Bezirk sehr deutlich zu spüren. Seit Jahren ist die zusätzliche Nachfrage höher als das neue Angebot. Da der rot-rot-grüne Senat alle Neubauziele verfehlt hat, verschärft sich die Lage. Durch den verfassungswidrigen Mietendeckel hat der Senat die Situation unnötig angeheizt. Deshalb halten wir die Schaffung zusätzlichen Wohnraums durch Neubau und Dachgeschossausbau für zwingend. Dabei sollte der Neubau vorrangig dort entstehen, wo bereits bebaute Flächen besser ausgenutzt und verdichtet werden können. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Überbauung von bestehenden flachen Supermärkten und derer Parkplätze mit Wohnungen hinzuwirken.

Wir legen Wert auf nachhaltigen und bezahlbaren Neubau. Das Bezirksamt soll Initiativen zum preisgünstigen Bauen fördern und durch ein digitales Baulücken- und Ausbaukataster Verdichtungen ermöglichen, ohne größere Freiflächen in Anspruch zu nehmen.

In Zusammenarbeit mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, aber auch mit privaten Bauherren und Genossenschaften, müssen in unserem Bezirk deutlich mehr Wohnungen entstehen, die für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen bezahlbar sind. Insbesondere für den Bau solcher Wohnungen müssen alle Möglichkeiten der Nachverdichtung, gerade auch auf landes- oder bezirkseigenen Grundstücken, genutzt werden.

Insbesondere die Innenstadtlagen unseres Bezirks eignen sich dazu, auch stärker in die Höhe zu bauen. Dies ist einerseits mit Blick auf die Flächenknappheit in der Innenstadt geboten, dient aber zugleich auch der Entwicklung von charakteristischen und attraktiven Quartieren; die sehr positive Entwicklung der City West in den letzten Jahren rund um die dort entstandenen Hochhäuser ist ein Beleg dafür.

Um den Neubau von Wohnungen nicht auszubremsen, müssen auch die Baugenehmigungs- und sonstigen bauaufsichtlichen Verfahren sowie die Aufstellungsverfahren für Bebauungspläne im Stadtentwicklungsamt des Bezirks beschleunigt werden und die dortigen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter für Bauwillige offen und ansprechbar sein. Dies wird nur durch eine Ausstattung mit einer ausreichenden Zahl an Planstellen sowie durch die Schaffung von Anreizen für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen sein. Außerdem müssen verwaltungsinterne Verfahren gestrafft und überflüssige bürokratische Vorgänge beseitigt werden.

### **Mieterinnen und Mieter schützen**

Wir wollen die bezirkliche Wohnungsaufsicht und die Mieterberatung so ausbauen, dass Mieterinnen und Mieter bei Veränderung ihrer Wohnverhältnisse, zum Beispiel bei Umwandlungen oder Modernisierungen, umfassend beraten und unterstützt werden können. So wollen wir sicherstellen, dass die bereits bestehenden rechtlichen Mieterschutzinstrumente effektiv wirken, so das Verbot von zweckfremder Nutzung von Wohnraum, die Mietpreisbremse sowie die Kappung von umlagefähigen Modernisierungskosten.

Keine Instrumente des Mieterschutzes sind hingegen die sozialen Erhaltungsverordnungen des Baugesetzbuchs (sog. Milieuschutzgebiete), da diese dazu gedacht sind, in Ausnahmefällen städtebaulichen Missständen entgegenzuwirken. Die von der bisherigen rot-grün-roten Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung vorangetriebene Ausweitung dieser Verordnungsgebiete auf das gesamte Bezirksgebiet innerhalb des S-Bahn-Rings ist daher rechtswidrig und wird von uns abgelehnt. Milieuschutzgebiete führen in der Regel nicht zu den von ihnen erhofften mieterschützenden Effekten, bremsen dabei aber die Entwicklung ganzer Stadtviertel aus.

Die Ausübung eines Vorkaufsrechts für Wohnhäuser durch den Bezirk nach zufälliger politischer Inanspruchnahme lehnen wir ab. Vielmehr bedarf es eines landesweiten Kriterienkatalogs zur Ausübung des Vorkaufsrechts durch landeseigene Gesellschaften mit dem Ziel, die Wohnungen den Mieterinnen und Mietern zum Vorzugspreis anzubieten.

### **Moderne Stadtplanung**

In den letzten Jahren sind kaum stadtplanerische Impulse durch das Bezirksamt erfolgt. Die Entwicklung am Hardenbergplatz und im Bereich zwischen Fasanenstraße und Zoo ist nicht vorangekommen. Dass mittlerweile die Senatsstadtentwicklungsverwaltung die Zuständigkeit für die City West an sich gezogen hat, ist ein fatales Zeichen und führt dazu, dass stadtplanerische Weichenstellungen für eines der zentralen Gebiete unseres Bezirks nicht mehr von der Bezirkspolitik beeinflusst werden können. Nach unserer Auffassung ist diese City-Lage sehr gut geeignet, um eine Mischung aus Wohn-, Büro- und Wissenschaftsstandort mit Hochhausbebauung zu entwickeln. Die im Rahmen des „WerkStadtForums“ in den letzten zwei Jahren unter Beteiligung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen erarbeitete „Charta City West 2040“ bietet aus unserer Sicht eine hervorragende Grundlage für ein ganzheitliches und zukunftsweisendes Bild dieses Gebietes, weshalb sie nach Abschluss und Auswertung der Bürgerbeteiligung unbedingt als

Ausgangspunkt für die weitere Planung herangezogen werden und in ein Entwicklungskonzept des Bezirks überführt werden sollte. Das partizipative Verfahren des „WerkStadtForums“ sollte auch als Vorbild für die Entwicklung von ganzheitlichen Konzepten für andere wichtige Gebiete unseres Bezirks dienen.

Einzelne Bauvorhaben dürfen nicht mehr für sich und losgelöst betrachtet werden, vielmehr ist die Bedeutung für das ganze Stadtviertel zu berücksichtigen.

### **Autobahnumbau / Autobahndeckel**

Der Umbau des Autobahndreiecks Funkturm darf die Lebensverhältnisse durch zusätzliche Verkehre auf Stadtstraßen nicht verschlechtern. Daher treten wir dafür ein, dass die Zahl der Zu- und Abfahrten zur Stadtautobahn nicht verringert wird. Insbesondere muss die Anschlussstelle Halenseestraße erhalten bleiben. Während der langjährigen Arbeiten an der A100 sind die Umleitungsverkehre so zu organisieren, dass die Belastungen für die umliegenden Wohnquartiere möglichst gering gehalten werden.

Wir wollen, dass die Stadtautobahn inkl. des Bahngrabens in einem ersten Teilstück zwischen Knobelsdorffstraße und Kaiserdamm gedeckelt wird. Damit werden die Lärm- und Abgasbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner reduziert und neue Freiräume für Grün-, Spiel und Sportanlagen geschaffen. Außerdem kann so die städtebauliche Trennwirkung am Kaiserdamm minimiert werden.

### **Ufer des Landwehrkanals aufwerten**

Wir wollen, dass die Ufer des Landwehrkanals zwischen Cauerstr/Dovestraße und Straße des 17. Juni städtebaulich aufgewertet und als Naherholungsflächen in der verdichteten Innenstadt stärker zur Geltung kommen. Dazu soll in einem ersten Schritt im Rahmen eines stadtbaulichen Wettbewerbs der Straßenzug Einsteinufer neu entwickelt werden, um mehr Verweilqualität und Sichtbarkeit auf die Wasserfläche zu schaffen.

# **MODERNE MOBILITÄT**

Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik ein, die das Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sicher, nachhaltig und effizient organisiert. Wir sind überzeugt von einem sozialen Grundrecht auf bestmögliche Mobilität für alle. Die Menschen in unserem Bezirk wollen und müssen beweglich bleiben, ob mit dem ÖPNV, dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Unser Ziel ist es, die verschiedenen Mobilitätsformen sinnvoll miteinander zu vernetzen. Wir sind uns bewusst, dass Verkehrspolitik einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der hier lebenden Menschen hat. Sie entscheidet über das Ausmaß individueller Mobilität ebenso wie über die Leistungsfähigkeit der öffentlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur und den Wohnwert sowie die Lebensqualität an großen Straßen. Wir stehen zu unserer Verantwortung, unvermeidbare Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner und Umwelt so gering wie möglich zu halten.

## **Gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsträger**

Wir wollen eine nachfrageorientierte Balance aller Verkehrsmittel herstellen. Das Ausspielen einzelner Mobilitätsformen gegeneinander lehnen wir ab. Stattdessen gilt es, ein gleichberechtigtes und sicheres Miteinander für alle zu schaffen. Hierbei soll keine Mobilitätsform bevorteilt oder benachteiligt werden. Stattdessen wollen wir den Umstieg zwischen den Mobilitätsformen ermöglichen und attraktiv gestalten. Die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sind dabei ideologiefrei zu fördern.

Bei der Schaffung neuer Mobilitätsinfrastruktur setzen wir auf die Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohnern und Gewerbetreibenden vor Ort. Wir wollen alle Meinungen hören und fordern daher transparente Anliegerbefragungen. Infrastrukturmaßnahmen sind – wenn entschieden – konsequent und nachhaltig umzusetzen.

## **Fußgängerinnen und Fußgänger**

Um die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhöhen, setzen wir uns für eine höhere Zahl von Zebrastreifen und Querungshilfen wie Mittelinseln und Gehwegvorstreckungen ein. Der Zustand der Gehwege und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sind durch gezielten Mitteleinsatz zu verbessern, dazu gehört auch die Absenkung aller Bordsteine an Fußgängerfurten und der Einbau und Unterhalt von Sinusrillenplatten für Blinde und Menschen mit Sehbehinderung. Wo nötig, werden wir Ampelschaltungen fußgängerfreundlich anpassen. Wir werden uns beim Senat und dem privaten Betreiber der Straßenbeleuchtung für eine verbesserte Beleuchtung einsetzen. Das unerlaubte Zuparken von Straßenecken ist konsequent zu unterbinden, da es das sichere Überqueren der Straßen beispielsweise für Familien mit

Kinderwagen oder mobilitätseingeschränkte Menschen deutlich erschwert. An besonderen Schwerpunkten setzen wir uns für eine Sicherung der Straßenecken mittels Poller ein und ermöglichen so neben dem sicheren Queren auch die Schaffung von Abstellplätzen für andere Mobilitätsformen.

### **Öffentlicher Nahverkehr**

Wir erwarten von der BVG, alle U-Bahnhöfe im Bezirk bis 2022 und mittelfristig alle Bushaltestellen barrierefrei zu gestalten. Es muss uns gemeinsam gelingen, Service, Sauberkeit und Zuverlässigkeit zum Markenzeichen des Berliner Nahverkehrs zu machen. Wo notwendig, sind Taktverdichtungen des ÖPNV vorzunehmen so dass tagsüber von Montag bis Freitag mindestens ein 10-Minuten-Takt bei Bussen und ein 5-Minuten-Takt bei Bahnen besteht. Einschneidende Veränderungen im Fahrplan müssen rechtzeitig kommuniziert und gegebenenfalls mit den Anwohnerinnen und Anwohnern erörtert werden.

„Dunkle Ecken“ in Bahnhöfen und Fahrzeugen sind zu beseitigen. Die Drogenkriminalität entlang der U7 und U9 ist entschieden zu bekämpfen. Bahnhöfe und Fahrzeuge müssen mit ausreichend Personal besetzt sein, um Sicherheit und Service zu gewährleisten.

Wir wollen, dass endlich der Lückenschluss zwischen der U1 (Uhlandstraße) und der U7 (Adenauerplatz) durch den Bau von knapp 1 km Strecke erfolgt. Perspektivisch soll die U1 dann über Henriettenplatz nach Westkreuz oder Theodor-Heuss-Platz fortgeführt werden.

Den Bau einer Straßenbahn vom Potsdamer Platz über Europa-Center zum Hardenbergplatz lehnen wir aus Gründen der Stadtbildpflege ab.

### **Motorisierter Individualverkehr**

Auch zukünftig werden wir auf einen motorisierten Individualverkehr angewiesen sein. Wir verwehren uns daher gegen eine ideologisch getriebene Mobilitätswende, die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ausschließlich gegeneinander ausspielt ohne eine Verbesserung der Mobilität für alle zu erzielen. Wir wollen stattdessen Freiräume für andere Mobilitätsformen schaffen. Eine künstliche Parkraumverknappung lehnen wir hierbei jedoch ab. Der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf andere Mobilitätsformen ist zu erleichtern, nicht zu erzwingen. Zur Schaffung von Freiräumen sind alternative Parkplätze in Quartiers- und Kiezgaragen zu errichten, wo möglich unter der Erde.

Wir wollen weiterhin ein dynamisches Parkleitsystem für die City-West, um unnötigen Parksuchverkehr zu vermeiden. Durch die Neuanlage von P&R-Stellplätzen z. B. am S-Bahnhof Westkreuz und in Jungfernheide, soll der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr erleichtert werden. Die Investitionen in Straßensanierungsmaßnahmen sind kontinuierlich dem Bedarf entsprechend zu erhöhen. Schlaglöcher müssen in unserem Bezirk der Vergangenheit

angehören. Schilder- und Anordnungswildwuchs sind zu beseitigen, ebenso das Durcheinander bei Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen. Die Infrastruktur für Elektromobilität ist vom Bezirk kontinuierlich auszubauen. Insbesondere bei der Planung neuer (Tief-) Garagen oder bei der Erneuerung von Straßenbeleuchtung ist die Schaffung von Ladekapazitäten verbindlich vorzusehen. Um den Verkehr flüssiger zu machen und unnötige Emissionen zu vermeiden, setzen wir uns für „Grüne Wellen“ und eine häufigere Nachtabschaltung von Ampeln ein.

Die Verkehrslenkung muss aufgelöst und wieder dezentral in die Zuständigkeit der Bezirke überführt werden, da vor Ort die größte Sachkenntnis herrscht. Die zielführende Steuerung des Verkehrsflusses soll, wo notwendig, durch die Schaffung eines Einbahnstraßensystems erreicht werden.

### **Ein großer Tunnel für die Bundesallee**

Die CDU spricht sich für die Verlängerung des Tunnels Berliner Straße/Badensche Straße bis zum Tunnel Bundesplatz aus. Dadurch soll ein Lückenschluss inklusive Überdeckung entstehen. Damit würde die Bundesallee oberirdisch von der Berliner Straße bis hin zur Kreuzung Bundesplatz/Detmolder Straße bzw. Wexstraße nur noch zweispurig sein und der Verkehr von und in Richtung Schöneberg unterirdisch fließen. Durch die Tunnellösung verspricht sich die CDU eine Lärmberuhigung des Bundesplatzes, die Aufhebung der künstlichen Durchtrennung des Volksparkes, ein oberirdisches durchgrüntes Straßenprofil, welches dem Namen "Allee" gerecht wird, bei gleichzeitiger Sicherstellung der bisherigen Verkehrskapazität der Bundesallee.

### **Radverkehr**

Das Radwegenetz im Bezirk muss ausgebaut und weiterentwickelt werden. Dazu setzen wir uns für eine fahrradfreundliche Gestaltung und einen entsprechenden Ausbau relevanter Straßen ein. Grundsätzlich soll der Radverkehr vom restlichen Verkehr separiert werden, um Konflikte zu vermeiden. Wo der Radverkehr nicht sicher auf Hauptstraßen geführt werden kann, sind die Nebenstraßen als durchgängiges Radwegenetz zu verbinden. Dadurch wird die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer erhöht und ein schnelleres Fortkommen ermöglicht. Bestehende Radwege sind zu unterhalten und baulich zu verbessern. Die Sicherheit des Radverkehrs muss durch Umbauten in Kreuzungsbereichen verbessert werden. Wir unterstützen das Projekt „Radbahn Berlin“, dass über 9 km die City-West mit Friedrichshain unter dem Hochbahn-Viadukt verbinden soll. Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau der Fahrradverleihstationen („Bike-Sharing“) im Bezirk ein, um zusätzliche Anreize für die Fahrradnutzung zu schaffen. Wir wollen weitere Möglichkeiten zum Abstellen von Fahrrädern schaffen. Fahrradparkhäuser bringen Schutz vor Diebstahl und ermöglichen die Unterbringung einer großen Menge an Fahrrädern auf engstem Raum. Diese müssen insbesondere an

Umsteigepunkten zum ÖPNV entstehen. Zusätzlich wollen wir, dass das Fahrradabstellanlagenkonzept (FAAK), das vor zehn Jahren etabliert worden ist, wieder aufgenommen wird, um bedarfsorientiert Radstände im öffentlichen Raum zu schaffen.

### **Der Bezirk als Tor zur Welt**

Der Bahnhof Zoologischer Garten ist Knotenpunkt und Symbol der City-West. Fernzüge müssen dort wieder halten. Der Verkehr auf dem Hardenbergplatz ist im Sinne einer besseren Aufenthaltsqualität umzugestalten. Dabei ist ein unterirdisches Parkhaus wichtiger Bestandteil.

### **Parkraumbewirtschaftung nicht missbrauchen**

Wir lehnen es ab, die Parkraumbewirtschaftung als ideologisch motivierte Erziehungsmaßnahme zu missbrauchen. Eine unqualifizierte Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftungszonen wird es mit uns nicht geben. Wir setzen uns dafür ein, die Lenkungseffekte aller Parkzonen im Bezirk sowie ihre zeitliche Ausgestaltung zu überprüfen.

### **Gegenseitige Rücksichtnahme verbessern**

Um ein ausgewogenes und faires Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten, bedarf es der Durchsetzung von Sanktionen gegen Regelwidrigkeit und Rücksichtslosigkeit. Polizei und Ordnungsamt bleiben aufgefordert, Verkehrsverstöße, die zu einer Behinderung oder Gefährdung anderer am Straßenverkehr Beteiligter führen, konsequent zu ahnden. Das gilt sowohl für den fahrenden und ruhenden motorisierten Verkehr, als auch z. B. für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, die Verkehrsregeln ignorieren und damit die Sicherheit auf Straßen und Gehwegen in Frage stellen. Daher fordern wir, die Fahrradstaffel der Polizei auch auf die City-West auszudehnen.

### **Wirtschaftsverkehr stadtverträglich gestalten**

Der Bezirk soll für Gewebebetreibende und Einzelhändler ein Pilotprojekt mit Bundes- und EU-Mitteln initiieren, um die Belieferung mit stadtverträglichen Elektrofahrzeugen zu ermöglichen. Mit Gewebetreibenden und Einzelhändlern sind gemeinsam Konzepte für Lieferzonen zu entwickeln, um das Be- und Entladen in 2. Spur zu reduzieren.

### **E-Roller-Angebote ordnen**

Das Bezirksamt muss dafür Sorge tragen, dass in Kooperation mit den Betreiberfirmen das bisher „wilde“ Abstellen von E-Rollern und Mieträdern unterbunden wird, um die Gehwege Fußgängerinnen und Fußgängern gefahrlos zur Verfügung zu stellen.

# UMWELT

In der Corona-Pandemie haben wir die vielen Parks, Seen und nicht zuletzt den Grunewald als Freizeit- und Erholungsorte in Charlottenburg-Wilmersdorf noch einmal mehr zu schätzen gelernt. Auch die über 40.000 Straßenbäume tragen zu unseren lebenswerten Kiezen bei. Deshalb setzen wir uns dafür ein die Grünflächen und Gewässer in unserem Bezirk zu sichern und die Mittel für deren Erhalt und die Pflege zu erhöhen.

Durch die folgenden Maßnahmen wollen wir unseren Beitrag für einen gesunden und lebenswerten Bezirk leisten:

## **Straßenbäume nachpflanzen**

In den letzten Jahren übersteigt die Zahl der Fällungen die Zahl der Neupflanzungen. Bereits jetzt sind starke Lücken zu erkennen. Deshalb sind zügig Nachpflanzungen vorzunehmen; vorzugsweise mit resistenten Sorten, die den Klimawandel und die Belastungen in der Stadt aushalten und eine hohe CO<sub>2</sub>-Speicherung ermöglichen.

## **Bewässerung der Stadtbäume sichern**

Jährlich sterben wegen dem Wassermangel und der Hitze hunderte Straßenbäume. Die Bezirksverwaltung muss einen Notfallplan entwickeln und Ressourcen für die Bewässerung schaffen, damit die Neubepflanzungen im Rahmen der Stadtbaumkampagne eine Chance haben. Außerdem wollen wir Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung der Stadtbäume durch eine Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben unterstützen.

## **Saubere Park- und Gartenanlagen, Stadtplätze und Grünzüge sichern**

Die Unterhaltungsmittel für Grünflächen, Badeseen, Wälder und Straßenbäume müssen erhöht werden. Einem weiteren Personalabbau im Grünflächenamt muss entschieden entgegengesteuert werden.

Alle bezirklichen Grünanlagen sind innerhalb der kommenden zehn Jahre so umzugestalten, dass sie robust auf die Klimaveränderungen reagieren können (z.B. durch Regenwassersammelbecken, Bewässerungsanlagen und resistente Baum- und Pflanzenarten).

## **Klimaschutz durch energetische Gebäudesanierung der bezirklichen Immobilien vorantreiben**

Die Bezirksverwaltung muss mit bestem Beispiel voranschreiten, wenn es um die Einsparung von CO<sub>2</sub> im Gebäudesektor geht. Dazu sind Bundes- und Europamittel vollumfänglich einzusetzen.

### **Kleingärten sichern**

Die Berliner Schrebergärten gehören zu unserer Stadtgeschichte und -kultur und bieten obendrein wichtige Erholungsorte im Bezirk. Sie haben eine herausragende soziale und ökologische Funktion. Der Bezirk sollte deshalb die Sicherung der öffentlichen Charlottenburg-Wilmersdorfer Kleingartenflächen durch Bebauungspläne betreiben.

### **Bezirkliches Entsiegelungsprogramm**

Das Bezirksamt soll einen Plan entwickeln, damit Straßenflächen (Mittelstreifen, Gehwegbereiche) entsiegelt und begrünt werden können, um die stadtklimatische Situation zu verbessern.

### **In Trennkanalisation für Abwässer investieren**

Damit bei Starkregen nicht - wie zurzeit - das Abwasser aus den Kanälen quillt, in den Grünanlagen versickert und unsere Gewässer wie den Halensee verschmutzt, ist die Trennkanalisation so auszubauen, dass sie auch bei größeren Regenmengen zuverlässig funktioniert.

### **Begrünungsprogramm**

Der Bezirk soll ein Programm ausloben, damit Innenhöfe und Fassaden von privaten Wohn- und Geschäftshäusern begrünt werden.

### **Lichtemissionen verringern**

Die Beleuchtung aller bezirklichen Einrichtungen ist so umzugestalten, dass die sogenannte Lichtverschmutzung minimiert wird. Darüber hinaus sollen private Eigentümer über das Problem der Lichtverschmutzung aufgeklärt werden.

### **Holz als Baustoff**

Bei Neubauten ist auf Dach- und Fassadenbegrünung sowie das Bauen mit nachhaltigen Materialien, unter anderen heimischen Hölzern hinzuwirken. Diese Forderung gilt umso mehr, wenn das Bezirksamt selbst neu baut oder grundlegend saniert.

# ZUKUNFTSFÄHIGE VERWALTUNG

Der Bezirk ist für alle wichtigen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zuständig. Zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt er ein solides finanzielles Fundament, eine leistungsstarke Verwaltung und möglichst unbürokratische Verfahren.

## **Die Bezirke brauchen ein nachhaltiges finanzielles Fundament**

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Berliner Bezirke, die sich an den tatsächlich zu leistenden Aufgaben orientiert, Besonderheiten und die Entwicklung der Bevölkerungszahl berücksichtigt. Die vom Senat aufgerufenen Sonderprogramme sind in den regulären Bezirkshaushalt zu integrieren. Die Summe für notwendige Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur muss genau beziffert und in den Haushalt eingestellt werden. Die Finanzierung der bezirklichen Aufgaben ist insgesamt transparenter zu gestalten.

## **Leistungsstarke und bürgernahe Verwaltung**

Doppelzuständigkeiten müssen beseitigt werden. Die Zuständigkeiten müssen zwischen den Bezirken und dem Land klar geregelt sein und sind vom Senat konsequent zu beachten. Wir unterstützen alle Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung, komplizierte Verfahren zu vereinheitlichen und zu verschlanken. Durch den Ausbau einer landeseinheitlichen Digitalisierung muss die Verwaltung schneller, leistungsfähiger und kundenorientierter werden. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Verwaltung einen starken Nachholbedarf hat, unter anderem in der Schaffung der Infrastruktur für das Homeoffice der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist unser Ziel, das Online-Angebot der Verwaltung weiter auszubauen. Wir wollen eine kontinuierliche Information der Bürgerinnen und Bürger, um die elektronische Akte und die Online-Verfahren transparent darzustellen, die neuen Möglichkeiten zu erläutern und die Akzeptanz zu erhöhen. Für Menschen, die ihre Anträge in der bisherigen Form stellen möchten, muss es diese Möglichkeit auch weiterhin geben.

Schreiben und Veröffentlichungen des Bezirksamtes sollen leicht verständlich sein. Auf die Verwendung unnötiger Fachbegriffe ist zu verzichten („Amtsdeutsch“). Darüber hinaus lehnen wir Gendersprache durch „großes I“, Sternchen oder Doppelpunkt ab. Wir reden weiter von Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen und Einwohnern (statt z. B. von Einwohnenden).

Gerade die Bürgerämter sind zentrale Institutionen, wenn Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat in Kontakt treten. Die bisherige völlig unzureichende Personalsituation ist vom Berliner Senat in den letzten Jahren nicht verbessert worden, so dass der Terminstau inzwischen unerträglich geworden ist. Wir fordern endlich eine bürgerfreundliche Ausstattung der Ämter. Solange viele

Behördendienstleistungen nicht online erfolgen, setzt sich die CDU für die Öffnung der Bürgerämter auch am Sonnabend ein.

# **KULTUR**

Die Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur sind Grundlagen einer demokratischen Bürgergesellschaft. Den besten Zugang zu Kunst und Kultur eröffnet bekanntermaßen der aktive Umgang mit ihr. Dies und die Vermittlung der kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft sind Verpflichtung für die staatlichen Einrichtungen und Ausdruck eines aufgeklärten Gemeinwesens zugleich. In Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es eine vielfältige Landschaft kultureller Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die einen großen Anteil an der außerordentlichen Attraktivität unseres Bezirks haben und für die Bürgerinnen und Bürger viele Möglichkeiten der kulturellen Betätigung bieten. Deren Erhalt und Funktionieren sowie ihre Zukunftsfähigkeit gilt es zu sichern. Hierzu trägt dankenswerter Weise auch eine vielfältige Landschaft von Freundeskreisen und Fördervereinen bei. Auch die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf wird ihrerseits weiter dafür arbeiten und dabei die nachfolgenden Schwerpunkte setzen.

## **Bezirkliche Bibliotheken**

Wir wollen das Angebot unserer bezirklichen Bibliotheken zukunftsorientiert weiterentwickeln. Dazu bedarf es einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung. Nutzungsfreundliche Öffnungszeiten sind zu gewährleisten. Das digitale Angebot muss erweitert werden, um der erkennbar veränderten Nachfrage Rechnung tragen zu können. Die von der CDU schon seit Jahren geforderte Zentralbibliothek würde das bezirkliche Angebot deutlich modernisieren und erweitern und könnte neuer kultureller Anziehungspunkt werden. Sie darf jedoch nicht zu Lasten der kleinen Stadtteilbibliotheken etabliert werden.

## **Kooperative Ansätze im Kulturbereich ausbauen**

Wir streben eine bestmögliche Vernetzung der Kultureinrichtungen im Bezirk mit externen Partnern an. Bei den Volkshochschulen setzen wir auf zusätzliche Kooperationen mit Unternehmen, beispielsweise bei der beruflichen Bildung, mit dem Ziel der Vermittlung unternehmerischer Praxis. Die Villa Oppenheim und die Kommunale Galerie Berlin wollen wir stärker als bisher auch für private Nutzungen auch außerhalb der regulären Angebote öffnen und wie andere Museen in Berlin als ‚Event-Location‘ anbieten, um völlig neue Zielgruppen für die Kultureinrichtungen interessieren und begeistern und zusätzliche Einnahmen zu generieren.

### **Villa Oppenheim und Kommunale Galerie Berlin**

Wir wollen die Zukunft dieser Einrichtungen nachhaltig sichern und insbesondere die Kommunale Galerie zur Förderung der Künstlerinnen und Künstler im Bezirk erhalten und stärken. Mit dem bezirklichen Kulturamt und seinen Standorten verfügen wir über hervorragende Einrichtungen, die Kunstwerke diverser Stile und Epochen zugänglich machen, die bewegte Kunstgeschichte unseres Bezirks sichtbar werden lassen und Nachwuchskünstlerinnen und Nachwuchskünstler hier vor Ort fördern.

### **Volkshochschule**

Die bezirkliche Volkshochschule leistet mit ihrem breitgefächerten Angebot einen unverzichtbaren Beitrag zu einer Vielzahl an gesellschaftlichen Aufgaben. Dazu gehört „Lebenslanges Lernen“ ebenso wie die Sprachkurse für Geflüchtete, Kurse im Bereich der beruflichen Bildung und Gesundheitsangebote.

Eine ausreichende personelle Ausstattung ist für die dauerhafte Sicherung des Angebots zwingend notwendig.

### **Atelierhäuser sichern**

Einen wichtigen Beitrag zum kreativen Geschehen im Bezirk leisten auch die beiden bezirklichen Atelierhäuser. Deren kulturelle Nutzung wollen wir auf Dauer festschreiben. Auch das private Atelierhaus in der Babelsberger Straße nimmt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein und wird von uns unterstützt.

### **Musikschulen**

Wir halten die Sicherung aller drei Standorte der bezirklichen Musikschule für langfristig notwendig. Hier können alle Altersgruppen ihre musischen Fähigkeiten entwickeln und schulen lassen. Die personelle Ausstattung muss nachhaltig verbessert werden, hier sehen wir insbesondere auch das Land in der Verantwortung.

### **Gedenktafeln**

Wir pflegen die große Tradition und lange Geschichte unseres Bezirks, dies sollte im Stadtbild auch sichtbar gemacht werden. Neben den Gedenktafeln für wichtige Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks bzw. geschichtliche Ereignisse und den Stolpersteinen wollen wir die Aufstellung bezirklicher Info-Stelen ausweiten, die – zeitgemäß auch in digitaler Form – über geschichtlich Bedeutsames informieren sollen. Zur Finanzierung ist zum Beispiel eine Kooperation mit Anbietern von Stadtmöbeln sinnvoll.

### **Charlottenburg-Wilmersdorfer Kulturiennale**

Wir sind stolz auf die großartige Kunst- und Kulturdichte, wie sie sonst nur große Städte haben und möchten sie noch mehr sicht- und spürbar machen. Charlottenburg-Wilmersdorf hat nicht nur ein vielfältiges Angebot bezirklicher Kultur, sondern beherbergt auch eine Vielzahl an großen Berliner Kultureinrichtungen. Unsere Idee ist, in regelmäßigen Abständen im Rahmen einer „Charlottenburg-Wilmersdorfer Kulturiennale“ für einige Tage ein aufeinander abgestimmtes Programm aller in Bezirk gelegenen Kultureinrichtungen anzubieten und so die ganze Vielfalt der Kultur in unserem Bezirk erlebbar zu machen.

### **Theaterlandschaft weiterentwickeln**

Mit der künftigen Wiedereröffnung der Komödie am Kurfürstendamm und dem Globe-Theater an der Sömmeringstraße wird die private Theater-Landschaft weiter gestärkt. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich.

### **Haus der Festspiele und Bar jeder Vernunft dauerhaft sichern!**

Der Senat bleibt aufgefordert, den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bei der Umsetzung eines städtebaulichen Gesamtkonzepts für das Areal zwischen Bundesallee, Schaperstraße, Fasanenplatz und Meierottostraße als „Kulturquartier“ mit einer vergrößerten Grünfläche zu unterstützen. Dabei ist das von der Anwohner-Initiative gemeinsam mit Vertretern der Berliner Festspiele und der Universität der Künste entwickelte Konzept zu berücksichtigen. Insbesondere soll der Senat bei der erforderlichen Grundstücksneuordnung und der Verständigung mit dem Bund, den Berliner Festspielen und der Universität der Künste aktiv mitwirken. Es muss sichergestellt sein, dass das Haus der Berliner Festspiele und die Bar jeder Vernunft auch in Zukunft in diesem Kulturquartier ihre Heimat haben.

### **Kino im Bezirk**

Die Kinolandschaft im Bezirk ist vielfältig und preisgekrönt. Ihr Erhalt ist sicherzustellen. Eine Kooperation mit dem Bezirksamt ist auch nach der Pandemie zu gewährleisten.

# **SPORT**

Der Sport ist die natürlichste Form, um Menschen zusammenzuführen, soziale Fähigkeiten zu erlernen und Gesundheitsbewusstsein zu entwickeln. Junge Menschen lernen Fairness und Fairplay, Teamgeist und das Wettstreifen um gute Leistungen. Wir alle profitieren darüber hinaus von der kaum zu überschätzenden Integrationskraft des Sports. Gerade während der Pandemie haben wir die Einschränkungen der Sportmöglichkeiten schmerzlich gespürt. Die CDU steht schon seit langem fest an der Seite der Sportvereine im Bezirk. Diese Partnerschaft wollen wir weiter ausbauen und in politischer Verantwortung mit Leben füllen.

## **Investitionen in Sportinfrastruktur**

Die Sportvereine in Charlottenburg-Wilmersdorf haben vor der Pandemie einen stetig steigenden Bedarf an Sportangeboten verzeichnet, der wegen der zu geringen Anzahl an verfügbaren Sportflächen nicht befriedigt werden kann. Daher sollte der Neubau von zusätzlichen Sporthallen im Bezirk in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Den in den Einschulungsuntersuchungen festgestellten motorischen Defiziten bei Kindern kann so entgegengewirkt werden. Hartplätze sind nicht mehr zeitgemäß und für viele Sportarten auch nicht nutzbar. Die neueste Generation von Kunstrasenplätzen ist kostengünstig, pflegeleicht und langlebig. Außerdem sind Kunstrasenplätze gesünder für die Sporttreibenden und dazu noch vielseitig einsetzbar. Ein zügiger Umbau ist daher geboten. Die bezirklichen Sporteinrichtungen haben einen erheblichen Instandhaltungsrückstau. Dieser muss in den nächsten Jahren schrittweise abgebaut werden.

## **Ehrenamt im Sport stärker würdigen**

Noch immer ist festzustellen, dass das Ehrenamt im Sport im Vergleich zu anderen Bereichen nicht ausreichend gefördert und gewürdigt wird. Die CDU hat zwar mit Hilfe eines sehr erfolgreichen Teilhabeprogramms Fortschritte erreichen können, beispielsweise bei der Ehrenamtskarte gibt es aber nach wie vor großen Nachholbedarf. Wir fordern, mehr Ehrenamtskarten an engagierte Sportvereinsmitglieder zu vergeben und gleichzeitig die mit der Ehrenamtskarte verbundenen Vorteile stärker auf Angebote im Bereich des Sports auszurichten.

## **Bürokratie abbauen**

Zwar gibt es inzwischen eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für den organisierten Sport. Diese für sich zu erschließen, stellt die Vereine mit ihren meist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern allerdings immer wieder vor große Herausforderungen. Alle Beteiligten sollten auf eine konsequente Entbürokratisierung der Verfahren hinwirken.

### **Erweiterung des Dachs der Eissporthalle Glockenturmstraße**

Aufgrund des weiter hohen Bedarfes an Eissportflächen im Bezirk muss die Außenfläche der Eissporthalle Glockenturmstraße überdacht werden, um einen ganzjährigen Betrieb zu eröffnen. Auch sollte durch weitere Umkleidekabinen eine intensivere Nutzung ermöglicht werden.

### **Ankauf von Flächen durch Sportvereine fördern**

Wir wollen den Ankauf von Flächen zur sportlichen Nutzung durch Vereine aktiv fördern. Dies sichert an den betroffenen Standorten langfristig den Sportbetrieb und schützt die Flächen vor anderweitiger Inanspruchnahme.

### **Neue Konzeption und Sanierung des Reiterstadions auf dem Gelände des Olympiaparks**

Das Reiterstadion auf dem Gelände des Olympiaparks bietet eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten. Die CDU spricht sich nachdrücklich für eine Konzeption als regionales Aus- und Weiterbildungszentrum aus. Dies entspricht dem Bedarf des Berliner Reitsports.

### **Nichtschwimmerquote im Bezirk senken**

Die CDU setzt sich dafür ein, die Nichtschwimmerquote im Bezirk weiter effektiv zu senken. Dafür soll neben dem konsequent aufrecht zu erhaltenden Schulschwimmangebot verstärkt auf die geförderten außerschulischen Angebote hingewiesen werden. Das Angebot kostenloser Ferienschwimmkurse ist mindestens im bestehenden Umfang zu erhalten.

### **Kapazitätsmanagement optimieren**

Gerade in Zeiten hoher Nachfrage und geringer Kapazitäten gilt es wirtschaftlich zu handeln. So auch bei der Vergabe von Sportflächen im Bezirk. Das Sportamt muss dafür sorgen, mit Hilfe einer passenden Software die Nutzungszeiten aller bezirklichen Sportflächen zentral zu erfassen und die Vergabe so effizient wie möglich zu steuern. Nichtbelegungszeiten sollen durch die öffentliche Bekanntmachung auf der Website des Sportamtes sowie die Möglichkeit der kurzfristigen Reservierung minimiert werden.

CDU Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf  
Uhlandstraße 64  
10719 Berlin

Telefon: 030 / 3413534  
E-Mail: [info@city-cdu.de](mailto:info@city-cdu.de)



[/citycdu](https://www.facebook.com/citycdu)



[www.city-cdu.de](http://www.city-cdu.de)

**CDU** CHARLOTTENBURG-  
WILMERSDORF